

Liestal, 10. April 2018 /VGD

Stellungnahme

Vorstoss	Nr. 2018/329
Postulat	von Adil Koller
Titel:	Lückenlose Aufklärung der ZAK- und ZPK-Affäre
Antrag	Vorstoss entgegennehmen

1. Begründung

Der Regierungsrat ist zwar der Meinung, dass er stets so transparent als ihm möglich, namentlich gegenüber der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission des Landrats, informiert hat. Er ist sich jedoch bewusst, dass der Kanton im Vollzug von GSA (SGS 814) und AMAG (SGS 815) mit Partnerorganisationen zusammenarbeitet, deren organisatorische Aufstellung für Aussenstehende nicht leicht zu verstehen ist. Die beiden genannten Gesetze verpflichten ihn zur Berücksichtigung der sozialpartnerschaftlichen Regelungen, zu enger Zusammenarbeit zwischen Behördenstellen und Sozialpartnern und zur Ermächtigung eines Dritten als Kontrollorgan unter Berücksichtigung der branchenspezifischen Kontrollorganisationen der Sozialpartner, wobei das Kontrollorgan von den kantonalen Dachverbänden der betroffenen Sozialpartner errichtet und getragen werden muss.

Vor dieser Ausgangslage ist der Regierungsrat gerne bereit, das Seinige beizutragen, dass dieses Verständnis erhöht und allfälliges Misstrauen gegenüber der im Grundsatz seit Jahrzehnten bewährten Sozialpartnerschaft, die zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen besteht, ausgeräumt werden kann. Ob der Weg zur erwünschten Transparenz über eine umfassende Aufarbeitung durch - wie vom Postulat gefordert – eine Drittfirma zweckmässig ist, soll dabei vorausgehend beurteilt werden. Grundsätzlich stehen dem Kanton auch andere, eigene Kontroll- und Aufsichtsgremien zur Verfügung, die eine solche Aufgabe vorrangig übernehmen können: Finanzkontrolle, Geschäftsprüfungskommission, parlamentarische Untersuchungskommission.

Mit der Entgegennahme des Postulats erklärt sich der Regierungsrat bereit, die Vorgehensoptionen vertieft zu prüfen und darüber zu berichten.